

Forderungen zum WOHNGIPFEL



1/3

der Mieter:innen finden
ihre Miete zu hoch

89 %

halten schärfere Strafen bei
Wuchermieten für wirkungsvoll

Jede:r 8.

Mieter:in hat schon einmal eine
Arbeitsstelle aufgrund hoher
Wohnkosten am Arbeitsort nicht
angenommen

Deutschland ist ein Land der Mieter:innen. 52,8 Prozent aller Haushalte wohnen zur Miete – und sie gehören überdurchschnittlich häufig zu den einkommensschwächeren Teilen der Bevölkerung. Fast die Hälfte der Mieterhaushalte zählt zum untersten Einkommensdrittel, fast jeder dritte Mieterhaushalt ist mit seinen Wohnkosten überlastet.

Die Zahl der Sozialwohnungen ist seit Jahren rückläufig, bezahlbarer Wohnraum wird zur Mangelware. Die Mieten steigen weiter ungebrochen – besonders stark bei Neuvermietungen, wo die Wohnkostenbelastung in einigen Ballungszentren bereits über 35 Prozent des Haushaltseinkommens erreicht hat.

Verstöße gegen die Mietpreisbremse oder sogar Mietwucher sind gerade in Ballungszentren längst die Regel und bleiben in der Praxis oft folgenlos. Die Not der Mieter:innen wird zum Geschäftsmodell. In Berlin lagen laut Untersuchungen im

Auftrag des Mieterbundes rund 46 Prozent der inserierten Wohnungen über der zulässigen Miethöhe, bei möblierten Wohnungen sind es sogar 69 Prozent.

Das hat Folgen weit über den Wohnungsmarkt hinaus. Wenn Arbeitnehmer:innen Stellen in Ballungsräumen ablehnen, weil sie sich das Wohnen dort nicht leisten können, schadet das dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die Wohnungskrise wird zunehmend zur Sozialstaatskrise – und zur Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Der **Deutsche Mieterbund** und der **Deutsche Gewerkschaftsbund** haben im Rahmen des Wohngipfels eine repräsentative Befragung bei Forsa in Auftrag gegeben. Im Erhebungszeitraum 17. bis 29. September 2026 wurden 1.014 Mieter:innen in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern mit folgendem Ergebnis befragt:

- Ein Drittel der Mieter:innen halten ihre Miete für zu hoch, bei den 30- bis 44-Jährigen sind es 38 Prozent und bei den unter 30-Jährigen sogar 44 Prozent.
- Ein Großteil der Befragten befürwortet schärfere Maßnahmen zur Mietpreisregulierung.
- Mit 89 Prozent hält eine breite Mehrheit der Anhänger:innen der demokratischen Parteien¹ härtere Strafen gegen Vermieter:innen bei Wuchermieten für eine wirkungsvolle Maßnahme zur Eindämmung von Mietsteigerungen.
- Drei Viertel (75 Prozent) halten (auch) eine Verschärfung der Mietpreisbremse, 67 Prozent eine Begrenzung von Mieterhöhungen und 65 Prozent einen sogenannten „Mietendeckel“ für (sehr) wirksame Maßnahmen zum Schutz vor steigenden Mieten.
- 59 Prozent der Mieter:innen glauben, dass hohe Wohnkosten in ihrer Stadt dazu führen könnten, dass Unternehmen oder Behörden künftig schwieriger Arbeitskräfte finden, z.B. weil Arbeitskräfte aus der Stadt wegziehen oder Bewerber nicht in die Stadt ziehen wollen.
- Jeder 8. befragte Mieter:in hat schon einmal eine Arbeitsstelle aufgrund hoher Wohnkosten am Arbeitsort nicht angenommen.

¹ CDU/CSU 89 Prozent, SPD 90 Prozent, Grüne 89 Prozent, Linke 97 Prozent.

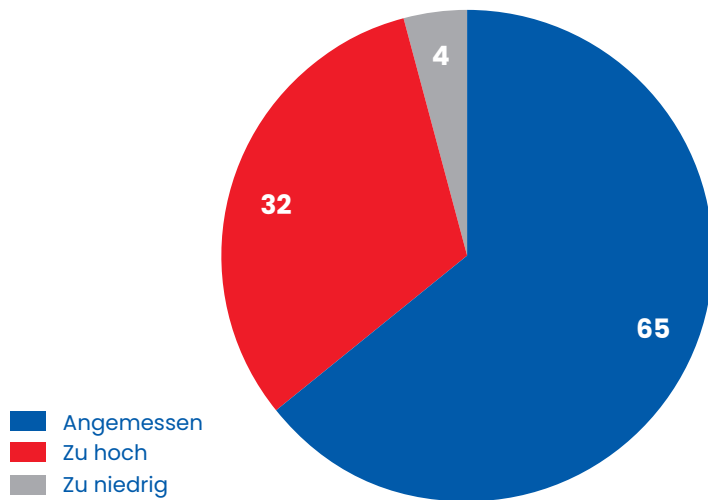
Mieten werden von einem Drittel der Befragten als zu hoch bewertet und hohe Wohnkosten führen zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt.

Ergebnisse einer Umfrage von 1.000 Mieter:innen in deutschen Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohner:innen durchgeführt von FORSA

Bewertung der eigenen Miete – angemessen oder zu hoch?

Angaben in Prozent

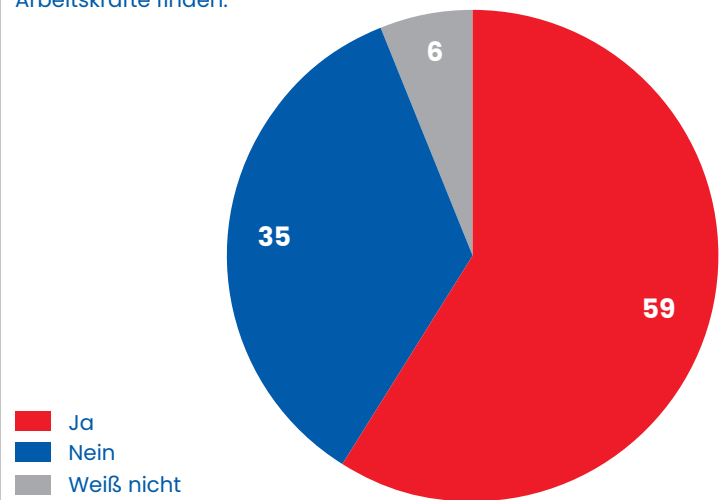
Die Befragten halten die Miete ihrer derzeitigen Wohnung für...



Probleme bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aufgrund hoher Wohnkosten?

Angaben in Prozent

Es glauben, dass hohe Wohnkosten künftig dazu führen könnten, dass Unternehmen oder Behörden in ihrer Stadt schwieriger Arbeitskräfte finden:



Hohe Zustimmung bei schärferen Strafen bei Wuchermieten und Verschärfung der Mietpreisbremse – parteiübergreifend

Bewertung möglicher Maßnahmen zur Eindämmung von Mietsteigerungen

Angaben in Prozent

Folgende Maßnahmen werden für (sehr) wirkungsvoll gehalten, um Mietsteigerungen in Großstädten einzudämmen:

Schärfere Strafen gegen Vermieter bei Wuchermieten (mehr als 50 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete)

CDU/CSU 89 %, SPD 90 %, Grüne 89 %, Linke 97 %

89

Verschärfung der Mietbremse (max. 10 % über der ortsüblichen Miete bei Neuvermietung)

CDU/CSU 75 %, SPD 76 %, Grüne 81 %, Linke 75 %

75

Mieterhöhungen zulassen, aber gesetzlich begrenzen

CDU/CSU 69 %, SPD 71 %, Grüne 70 %, Linke 63 %

67

„Mietendeckel“: Stopp von Mieterhöhungen für einen bestimmten Zeitraum

CDU/CSU 54 %, SPD 68 %, Grüne 68 %, Linke 86 %

65

Wir fordern:



Mietenanstieg stoppen – Mietrecht wirksam machen

- **Mietwucher** ahnden und Paragraphen zur Mietpreisüberhöhung praxistauglich gestalten. Dafür muss das Tatbestandsmerkmal des Ausnutzens gestrichen, das Vorliegen eines angespannten Wohnungsmarktes als objektiver Bewertungsmaßstab eingesetzt und das Bußgeld für Verstöße angehoben werden.
- Bundesweiter **Mietenstopp** und dauerhafte Begrenzung von Mieterhöhungen durch die Absenkung der Kappungsgrenze.
- Umgehungen wie **Indexmieten** (an Inflation orientierte) sowie missbräuchliche Möblierungszuschläge abschaffen.
- **Mietpreisbremse** scharf stellen, Umgehungen für möblierte Vermietung und die Vermietung auf Zeit streichen und Verstöße mit einem empfindlichen Bußgeld belegen.
- Kurzzeit- und **Ferienvermietung** strenger regulieren.



Mieter:innen besser schützen

- **Umwandlungen** von Miet- in Eigentumswohnungen bundesweit nur noch in eng begrenzten Ausnahmefällen.
- **Zwangsräumungen** verhindern: Mietrückstände müssen durch Nachzahlungen ausgeglichen werden können anstatt weiterhin eine ordentliche Kündigung nach nur einem Monat zu ermöglichen.
- **Kündigungsschutz** verbessern: Eigenbedarfskündigungen klar eingrenzen.



Sozialwohnungen verdoppeln und Neubau bezahlbar machen

- Bestand an **Sozialwohnungen** bis 2035 auf mindestens zwei Millionen erhöhen. Einmal Sozialwohnung – immer Sozialwohnung.
- Gemeinnützigen und **öffentlichen Wohnungssektor** massiv stärken, kommunale Vorkaufsrechte ausbauen.
- Zusätzlich jährlich 60.000 **bezahlbare Mietwohnungen** für Durchschnitt-Normalverdienende schaffen.



Wohnkosten für überforderte Haushalte senken

- **Wohngeldkürzungen** zurücknehmen und Zuschuss an reale Miet- und Energiekosten anpassen.
- **Faire Kostenverteilung** bei Klimaschutzmaßnahmen nach dem Drittelmodell: Mieter:innen, Vermieter:innen und Staat.
- **Betriebskosten** begrenzen, Grundsteuer und CO₂-Preis nicht länger auf Mieter:innen abwälzen.